

# Ein umfassender Überblick über den Wahnsinn der amtlichen Energiepolitik

geschrieben von Chris Frey | 13. Oktober 2022

[Francis Menton](#), [MANHATTAN CONTRARIAN](#)

Auf dieser Website versuche ich, die Leser über die neuesten Fälle von offiziellem Energie-Wahnsinn zu informieren, über die anhaltenden Bemühungen unserer Politiker, Bürokraten, Wissenschaftler und Journalisten, die Energie-Infrastruktur zu untergraben und zu zerstören, die die Grundlage für unseren Wohlstand und unser komfortables Leben ist. Aber wenn man diese Beispiele nur einzeln liest, wie empörend sie auch einzeln sein mögen, kann man das Gesamtbild aus den Augen verlieren. Im Großen und Ganzen führt unsere Regierung, unterstützt von Akademikern und Journalisten, einen regelrechten Krieg gegen den Energiesektor der Wirtschaft.

Jetzt kommt ein Mann namens Joseph Toomey daher, der bei RealClearEnergy einen relativ langen [Artikel](#) mit dem Titel „Energy Inflation Was By Design“ veröffentlicht hat. Toomey ist nach eigenen Angaben „Karriereberater“ im Energiebereich und Autor eines [Buches](#) aus dem Jahr 2014 mit dem Titel „Eine unwürdige Zukunft“, das die Energiepolitik der Obama-Regierung kritisiert. Abgesehen davon hat sich Toomey nicht regelmäßig an den energiepolitischen Debatten beteiligt. Doch mit dieser umfassenden Übersicht macht er seine lange Abwesenheit wieder wett.

Mit 35 Seiten Länge ist Toomeys Arbeit eine scheinbar endlose Litanei einer absichtlich zerstörerischen Politik nach der anderen. Selbst wenn man dieses Thema regelmäßig verfolgt, wie ich es tue, kann man nicht umhin, erstaunt zu sein, wenn man das ganze Ausmaß der Zerstörung in einem Stück sieht. **Eine Energieinfrastruktur, die über ein Jahrhundert und mehr aufgebaut wurde und Millionen von Menschen mit zuverlässiger und erschwinglicher Energie versorgt – ein wahres Wunder menschlichen Einfallsreichtums! – wird systematisch und absichtlich angegriffen und von ignoranten Narren zerstört, die keine Ahnung haben, wie schwierig es war, das bestehende System zu schaffen, und die auch keine Ahnung haben, wie man etwas als Ersatz bauen könnte, das tatsächlich funktioniert.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Der Artikel beginnt mit dem klaren Beweis, dass dies alles von der Regierung und insbesondere von Präsident Joe Biden beabsichtigt ist. Ein paar direkte Zitate genügen, wie dieses hier von einer [Kundgebung](#) im Februar 2020 („Wir werden die fossilen Brennstoffe loswerden. ... Das ist in Ordnung. Diese Leute sind in Ordnung. Sie wollen dasselbe tun wie

*ich. Sie wollen aus den fossilen Brennstoffen aussteigen, und wir werden aus den fossilen Brennstoffen aussteigen.“)* oder dies aus einer [CNN-Debatte](#) am 15. März 2020 („Keine Bohrungen mehr auf Bundesland. Keine weiteren Bohrungen, auch nicht vor der Küste. Keine Möglichkeit für die Ölindustrie, weiter zu bohren, Punkt. [Es] endet.“)

Und dann beginnt die Litanei der absichtlichen Zerstörungen. Es ist viel zu lang, um alles in diesem kurzen Blog-Beitrag aufzuführen, aber hier sind einige Beispiele für Abschnittsüberschriften, jeweils gefolgt von mehreren Absätzen mit Details: Stornierung der Keystone XL-Pipeline; Stopp der Pachtverkäufe in Alaskas ANWR; Verhängung eines Moratoriums für Bohrungen auf Bundesland; Wiedereintritt in das Pariser Klimaabkommen; Vorschlag von energiehemmenden Budgets; Stornierung von Pachtverträgen für Öl- und Gasbohrungen; Einleitung von strafrechtlichen Ermittlungen der Regierung; Einschränkung der Bohrungen im Permian Basin durch Ozonregeln; Einführung strengerer Methanemissionsregeln.

Und das sind nur einige der bekannteren Beispiele. Aber es gibt auch lange Abschnitte über einige der weniger bekannten Elemente des Krieges gegen die Energie. So sind beispielsweise zwei Abschnitte dem gewidmet, was Toomey als „Raffinerieknappheit“ bezeichnet – eine Ansammlung von Vorschriften und Anreizen, die dazu geführt haben, dass die Raffinerie-Kapazität in den USA allein seit 2020 um etwa 5 % gesunken ist. Es scheint, dass mehrere Raffinerien Anreize erhalten haben, von der Raffination von Erdöl auf „Biokraftstoffe“ (d. h. Ethanol) umzustellen, wodurch ihre Kapazität um etwa 90 % sinkt. Und dann ist es fast unmöglich geworden, eine neue Raffinerie zu bauen, um die verlorene Kapazität zu ersetzen. Toomey: „Beobachter nennen belastende Umweltvorschriften und bürokratische Hürden bei der Erteilung von Genehmigungen als Hauptgründe für die Ablehnung von Anträgen für neue Raffinerien.“

In einem anderen Abschnitt werden einige der vielen Anti-Energie-Eiferer vorgestellt, die Biden ernannt hat, um jeden Winkel der Regierung zu bevölkern. Die beiden prominentesten sind John Kerry, der sogenannte „Klimabeauftragte“, und Gina McCarthy, bis vor kurzem leitende Klimaberaterin im Weißen Haus. Und dann ist da noch John Podesta, der McCarthy gerade in dieser Funktion abgelöst hat. Aber vielleicht noch aufschlussreicher sind Toomeys Diskussionen über ein paar gescheiterte Kandidaten von Biden, Saule Omarova für den Comptroller of the Currency und Sarah Bloom Raskin für den stellvertretenden Vorsitz des Federal Reserve Board. Zu den ausgewählten Zitaten von Omarova gehören: „Viele der kleineren Akteure in dieser Branche werden wahrscheinlich in kurzer Zeit bankrott gehen – zumindest wollen wir, dass sie bankrott gehen, wenn wir den Klimawandel bekämpfen wollen“ und „Die Art und Weise, wie wir diese Kohlenstoff-Finanziers loswerden, besteht darin, dass wir ihnen ihre Kapitalquelle entziehen“. Raskin wird als „lautstarker Befürworter einer Ausweitung des gesetzlichen Mandats der Federal Reserve zur Berücksichtigung des Klimawandels bei der Kreditvergabepraxis der Banken und beim Risikomanagement“ bezeichnet und

mit den Worten zitiert: „Die Finanzaufsichtsbehörden müssen ihre eigene Rolle neu definieren, damit sie ihren Teil zu einer umfassenderen Neukonzeption der Wirtschaft beitragen können.“

## Unter dem Strich:

In der Gewissheit, dass diese Sache gerechtfertigt ist, hat das Biden-Team heute damit begonnen, die CO<sub>2</sub>-emittierende Produktion fossiler Brennstoffe zu reduzieren, und zwar Jahrzehnte bevor die Multi-exa-Joule-produzierende kohlenstoffarme Infrastruktur vorhanden ist, die vermutlich als Ersatz dienen wird. Sie haben uns in das „drohende Tal des Todes“ der Energiewende getrieben, ohne einen Kompass, eine Karte oder irgendeine Idee, wie wir entkommen können.

In der Zwischenzeit haben die Biden-Leute die letzten Tage damit verbracht, die OPEC um eine höhere Produktion zu bitten, nur damit die OPEC ankündigt, dass sie stattdessen die Produktion drosseln wird. Und heute Morgen [berichtet](#) das Wall Street Journal, dass Biden plant, die Sanktionen gegen Venezuela zu lockern, um die Einfuhr von mehr Rohöl aus diesem Land zu ermöglichen.

*Der ganze Beitrag steht [hier](#).*

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/10/07/a-comprehensive-roundup-of-official-energy-madness/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

# Petition gegen Atomausstieg erreicht 50.000 Unterschriften

geschrieben von Admin | 13. Oktober 2022

**Auch EIKE hat die Petition unterstützt. Wir gratulieren allen Beteiligten zum Nehmen der ersten Hürde.**

**von Rainer Klute**

*Die Bundestagspetition »Stuttgarter Erklärung« gegen den Atomausstieg hat heute die Marke von 50.000 Unterstützern überschritten. Damit hat sie das Quorum erreicht, bei dem der Initiator einer Petition sein Anliegen im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages in öffentlicher*

*Sitzung vorstellen kann.*

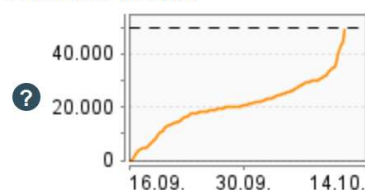
Initiator der Petition ist Nuklearia-Mitglied und Professor für Energiespeicherung Dr. André Thess, der an der Universität Stuttgart lehrt. 19 weitere Hochschullehrer an deutschen Universitäten gehören zu den Erstzeichnern. Offizielles Ende der Mitzeichnungsfrist ist am Freitag. Thess und seine Mitstreiter wollen sich danach zum Ergebnis der Unterschriftensammlung äußern.

### Mitzeichnungsverlauf

#### Anzahl Online-Mitzeichnungen

52013 > [ansehen](#)

#### zeitlicher Verlauf



#### Quorum erreicht

☒ Ja

Die Nuklearia begrüßt das Erreichen des Quorums schon jetzt. »Das ist ein großartiges Zwischenergebnis«, freut sich Nuklearia-Vorsitzender Rainer Klute. »Ich bin begeistert über die vielen Mitstreiter in unserem Verein und in befreundeten Organisationen im In- und Ausland, die sich engagiert haben! Sie haben nicht nur selbst die Petition mitgezeichnet, sondern sie auch in den sozialen Netzen bekannt gemacht, in der Familie, in Unternehmen bei Freunden, Bekannten und Unbekannten.«

## Atomausstieg komplett streichen

Der Nuklearia e. V. unterstützt das Anliegen der Petition, nicht nur die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern, sondern den Atomausstieg komplett zu streichen. Rainer Klute: »Ohne die Kernenergie sind wir blank. Wir haben bald nichts mehr, um unseren Strombedarf zu decken. Mit erneuerbaren Energien allein ist das nicht möglich, denn wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht, liefern Solarmodule und Windräder keinen Strom. Dagegen hilft auch ein weiterer Ausbau kaum.«

Anders als viele glauben, sind nicht die Erneuerbaren das Rückgrat der deutschen Stromversorgung, sondern Kohle und Erdgas. Sie springen immer dann ein, wenn Solar und Wind nichts oder nicht genug liefern, also meistens. Doch Kohle und Erdgas sind nicht nachhaltig. Beide verbieten sich allein schon aus Klimaschutzgründen. Nun kommt die Energiekrise mit extrem hohen Preisen und einer unklaren Verfügbarkeit von Erdgas erschwerend hinzu. Durch den Kohleausstieg sollen immer mehr Kohlekraftwerke verschwinden.

# Nur Kernenergie kann eine zuverlässige und saubere Stromversorgung dauerhaft sichern

Für eine zuverlässige, umweltverträgliche und preiswerte Stromversorgung bleibt Deutschland nur eine einzige Option: die Kernenergie. Die Nuklearia setzt sich daher für folgende Ziele ein:

- Aktive Kernkraftwerke weiterbetreiben
- Ende 2021 abgeschaltete Kernkraftwerke reaktivieren
- Neue Kernkraftwerke bauen

Der Neubau von Kernkraftwerken braucht allerdings Zeit. Rainer Klute: »Wir sollten so schnell wie möglich mit der Planung und dem Bau neuer Anlagen beginnen, damit wir die Kohlekraftwerke möglichst bald stilllegen können. Der Fahrplan des Kohleausstiegs wird sich nicht einhalten lassen, da uns sonst der Strom fehlt. Im Gegenteil, Wirtschaftsminister Habeck bringt ja schon jetzt bereits stillgelegte Kohlekraftwerke wieder ans Netz. Das macht er nicht zum Spaß, sondern um die Versorgung zu sichern. Warum er dennoch die Kernkraftwerke stilllegen will, kann ich nicht rational nachvollziehen. Eine Hochrisikotechnik, wie er behauptet, ist die Kernkraft definitiv nicht.«

Die Nuklearia begrüßt die Initiative der FDP, sich in der Ampelkoalition für eine Laufzeitverlängerung aller drei Kernkraftwerke einzusetzen. Eine Begrenzung bis 2024 wäre aber nur wenig hilfreich. Denn die Energiekrise wird 2024 nicht vorüber sein. Kohle und Erdgas sind dann immer noch klimaschädlich.

Die FDP sollte sich daher das Anliegen der Petition zu eigen machen und sich für die komplette Streichung des Atomausstiegs einsetzen. Die Menschen hätte sie auf ihrer Seite: Umfragen zufolge unterstützen zwei Drittel der Bevölkerung den Einsatz der Kernenergie. 41 Prozent befürworten sogar den Neubau von Kernkraftwerken. Nicht ein starres Datum sollte die Laufzeit der Kernkraftwerke begrenzen, sondern nach Schweizer Vorbild sollte allein die Sicherheit der Anlagen den Ausschlag geben.

## Petition weiterhin mitzeichnen

Die Nuklearia ruft dazu auf, auch nach Erreichen des Quorums weiterhin die Petition mitzuzeichnen. »Je mehr Menschen sich beteiligen, desto größer ist der politische Druck«, erläutert Nuklearia-Vorsitzender Rainer Klute.

---

# Über die Nuklearia

Der Nuklearia e. V. ist ein gemeinnütziger, industrie- und parteiunabhängiger Verein zur Förderung der Kernenergie. Wir sehen in der Kernenergie eine wesentliche Säule der Energieversorgung und des Umweltschutzes. Fortschrittliche Reaktoren arbeiten sicher, sauber und nachhaltig. Atommüll lässt sich in Schnellen Reaktoren als Brennstoff nutzen.

Anders als erneuerbare Energien steht Kernenergie jederzeit in ausreichender Menge zur Verfügung und verbraucht keine großen Landflächen. Im Unterschied zu Kohle oder Gas ist Kernenergie CO<sub>2</sub>-arm und vermeidet Luftverschmutzung. Dadurch trägt Kernenergie erheblich zum Umwelt- und Klimaschutz bei.

Kenntnisse über Kernenergie sind in Deutschland rar geworden. Das wollen wir ändern.

- <https://nuklearia.de/>
- Kontakt: Rainer Klute, E-Mail: [rainer.klute@nuklearia.de](mailto:rainer.klute@nuklearia.de), Telefon: +49 172 2324824, Twitter: @Rainer\_Klute
- Nuklearia-Pressemitteilungen abonnieren: <http://lists.nuklearia.de/mailman/listinfo/presse>

Diese Pressemitteilung online:

<https://nuklearia.de/2022/10/12/bundestagspetition-gegen-den-atomausstieg-erreicht-50000-unterschriften/>

—

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Klute Nuklearia e. V. (Vorsitzender)

– Für moderne und sichere Kernenergie –

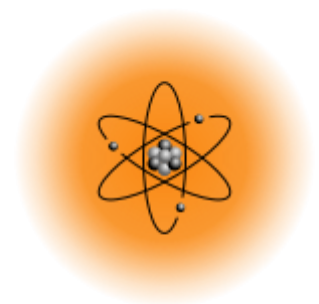
<https://nuklearia.de/> –

<https://twitter.com/NukleariaTwitter>:

[https://twitter.com/Rainer\\_Klute](https://twitter.com/Rainer_Klute)

OpenPGP: E4E4 3865 15EE 0BED 5C16 2FBB 5343 4615 84B5

A42E



## Nuklearia

---

# Die Wochen vor dem Notstand – von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 13. Oktober 2022

## Fritz Vahrenholt

Bevor wir auf die zu befürchtenden Notstandssituationen durch unzureichende Gas- und Stromversorgung in Deutschland eingehen, werfen wir einen Blick auf die Temperaturentwicklung.

Die Abweichung der globalen Temperatur vom 30-jährigen Mittel der satellitengestützten Messungen der *University of Alabama (UAH)* ist im September 2022 gegenüber dem August geringfügig von 0,28 Grad auf 0,24 Grad Celsius gefallen. Die durchschnittliche Temperatursteigerung pro Jahrzehnt beträgt seit 1979 0,13 Grad Celsius, eine wenig besorgniserregende Entwicklung.

## Die Deindustrialisierung Deutschlands geht weiter

Minister Habeck kümmert sich nicht um die reale bescheidene Temperaturentwicklung. Seine Pressekonferenz zum vorzeitigen Kohleausstieg im rheinischen Revier begann er am 4.10. mit den dramatischen Worten:

„Die strukturelle Krise unserer Zeit – das ist ohne Frage die globale Erderwärmung, getrieben durch die Verbrennung von fossilen Energien.“

In einer Zeit, in der Politiker die Menschen auffordern, sich auf länger als 72 Stunden andauernde Stromabschaltungen vorzubereiten, in einer Zeit, in der reihenweise Betriebe wegen zu hoher Strompreise die Produktion einstellen, in einer Zeit, in der für viele Familien die Strom- und Gasrechnungen unbezahlbar werden, schwingt der Wirtschaftsminister die große Keule der Angst über eine Klimaentwicklung, die von der Realität (s. Grafik oben) nicht gedeckt ist. Er braucht aber die Angstkulisse, weil er mittlerweile merkt, dass seine Energiepolitik des doppelten Ausstiegs aus Kernenergie und Kohle brandgefährlich für das Land und die Menschen ist. Und so muss er widerwillig die zeitlich begrenzte Rückkehr in die Kohlekraftverbrennung „begrünen“ mit dem Versprechen: Bis März 2024 zurück in die Kohle und danach umso schneller wieder aus der Kohle auszusteigen.

Zwölf Kohlekraftwerke mit 7 GW sollen aus der Reserve geholt werden oder nicht stillgelegt werden, um die Stilllegung der 3 letzten Kernkraftwerke (4,5 GW) zu kompensieren und Gaskraftwerke zu einem kleinen Teil zu ersetzen. Diese Kohlekraftwerke sollen bis März 2024 weiterlaufen. Und was kommt dann?

Um dem angeschlagenen Wirtschaftsminister hinsichtlich der damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Mehremissionen zu helfen, sprangen ihm RWE-Chef Markus Krebber und die CDU/Grüne-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur Seite. Man habe sich geeinigt, den Braunkohleausstieg, der für 2038 geplant war, nunmehr um acht Jahre auf 2030 vorzuziehen und 3.000 MW Braunkohlekraftwerke bereits 2030 stillzulegen. Krebbers Wahlkampfhilfe für die Grünen, deren Zustimmungswerte sich vor der Niedersachsen-Wahl am 9.10. im Absturz befinden, wird auf dem Rücken der 5.500 Kumpel im rheinischen Revier vorgenommen, deren Stellen 2030 gestrichen werden. Krebber behandelt die Arbeitnehmer als Spielmasse: erst werden Hunderte aus dem Vorruhestand gerufen, die Braunkohlekraftwerke Neurath und D und E bis 2024 weiterzubetreiben, danach gehen tausende Arbeitsplätze verloren. Dabei sind nicht einmal diejenigen Arbeitsplätze eingerechnet, die als Zulieferer für die Kraftwerke oder Abnehmer von günstigem Braunkohlestrom in Schwierigkeiten kommen. Denn der Verzicht auf Braunkohle muss durch teurere Kraftwerke ersetzt werden, die aber erst noch gebaut werden müssten. Und jeder Energieexperte fragt sich, wie denn die wegfallenden Strommengen ersetzt werden sollen. Auch hier verteilt der hilfsbereite RWE Vorstandsvorsitzende Krebber politisch orientierte Beruhigungspillen: Es sollen Gaskraftwerke her, die so schnell wie möglich auf Wasserstoff umgestellt werden können. Krebber merkt selbst, dass das völlig unwirtschaftlich ist:

„Es mutet komisch an, mitten in der größten Gaskrise neue Gaskraftwerke zu planen“.

Aber er kennt das Gegengeschäft der Bundesregierung für ihren wohlgefälligen Vorstandsvorsitzenden. Der Bund werde „einen Rahmen schaffen, um Investitionen in diese Anlagen zu ermöglichen“, anders ausgedrückt: RWE mit Dauersubventionen aus Steuermitteln zu unterstützen. Krebber:

„RWE wird sich an dieser Ausschreibung beteiligen. Ich gehe davon aus, dass ein großer Teil, wenn nicht alles, von RWE bereitgestellt wird.“

RWE macht sich vom Acker : 5,9 GW Braunkohle werden im rheinischen Revier bis 2030 geschlossen. Als mögliche Kompensation werden Investitionen in 1 GW unzuverlässiger Erneuerbarer Energien und 3 GW vom Steuerzahler subventionierte Gaskraftwerke angekündigt. Letztere sollen ab 2030 zu 50 % durch Wasserstoff gespeist werden und ab 2035 vollständig durch Wasserstoff.

Es ist aber völlig illusorisch, diese Wasserstoffmengen für Wasserstoff-ready-Gaskraftwerke bis 2030 bereitzustellen. Die Stahlindustrie allein benötigt für eine Umstellung von 25 Mio. t Roheisenerzeugung im Hochofen mit Wasserstoff 2 Mio. t Wasserstoff. Um nur diese Menge an Wasserstoff zu produzieren, werden etwa 110 TWh erneuerbaren Stroms benötigt. Das entspricht der heutigen gesamten Windstromproduktion an Land, vom Strom für die E-Mobilität, die Wärmepumpen, die chemische Industrie, den Flug- und LKW Verkehr ganz zu schweigen. Das Versprechen Krebbers entpuppt



sich als die gleiche Wolkenschieberei, die wir von Wirtschaftsminister Habeck kennen. Für Kraftwerke wird kein Wasserstoff da sein und er wird unbezahlbar sein. Wir wissen heute noch nicht, wie er transportiert oder wie er gespeichert werden soll.

Die erste kleine Versuchsturbine von Kawasaki soll 2024 ausprobiert werden.. Aber ausgestiegen wird heute mit der Begründung, dass RWE sich damit auf dem 1,5 Grad-Ziel des Weltklimarates befinde. In Wirklichkeit will man eines kaschieren: RWE sucht das Weite. RWE interessiert es nicht mehr, was aus dem Standort Deutschland wird. Anstatt für grüne Kohlekraftwerke mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung in Deutschland zu kämpfen, will man zwei Drittel der Investitionen bis 2030, etwa 25 Milliarden € im Ausland tätigen. Parallel zur Pressekonferenz mit Minister Habeck wurde bekannt, dass RWE für 6,8 Milliarden Dollar das US-amerikanische Solar- und Windkraftunternehmen Con Edison Clean Energy Businesses übernimmt. Hier die Sterbetafel der Braunkohlekraftwerke, die nun noch einmal durch den Ausstieg von RWE in 2030 verschärft wurde. Und wenn es nach Wirtschaftsminister Habeck geht, erfolgt die Fortsetzung des Ausstiegs in den Braunkohlerevieren des Ostens.

Betreiber	Blockname	Revier	Inbetrieb- nahmehjahr	MW- Blockklasse	Stilllegungsdatum
kurze Frist					
RWE	Nord-Süd-Bahn (NSB)	Rheinland	1959-1976	300	31.12.2020
RWE	NSB	Rheinland		300	31.12.2021
RWE	NSB	Rheinland		300	31.12.2021
RWE	NSB oder Weisweiler	Rheinland		300	31.12.2021
RWE	NSB oder Weisweiler	Rheinland		300	01.04.2022
RWE	Brikettierung	Rheinland		120	31.12.2022
RWE	NSB	Rheinland		600	31.12.2022
RWE	NSB	Rheinland		600	31.12.2022
bis 2030					
RWE	Weisweiler F	Rheinland	1967	300	01.01.2025
LEAG (EPH)	Jänschwalde A	Lausitz (BB)	1981	500	31.12.2025 (Sicherheitsbereitschaft)
LEAG (EPH)	Jänschwalde B	Lausitz (BB)	1982	500	31.12.2027 (Sicherheitsbereitschaft)
RWE	Weisweiler G	Rheinland	1974	600	01.04.2028
LEAG (EPH)	Jänschwalde C	Lausitz (BB)	1984	500	31.12.2028
LEAG (EPH)	Jänschwalde D	Lausitz (BB)	1985	500	31.12.2028
RWE	Weisweiler H	Rheinland	1975	600	01.04.2029
LEAG (EPH)	Boxberg N	Lausitz (SN)	1979	500	31.12.2029
LEAG (EPH)	Boxberg P	Lausitz (SN)	1980	500	31.12.2029
RWE	Niederaußem G	Rheinland	1974	600	31.12.2029
RWE	Niederaußem H	Rheinland	1974	600	31.12.2029 (Sicherheitsbereitschaft)
nach 2030					
Uniper / EPH	Schkopau A	Mitteldeutschland (ST)	1996	450	31.12.2034
Uniper / EPH	Schkopau B	Mitteldeutschland (ST)	1996	450	31.12.2034
LEAG (EPH)	Lippendorf R	Mitteldeutschland (SN)	2000	875	31.12.2035
EnBW	Lippendorf S	Mitteldeutschland (SN)	1999	875	31.12.2035
RWE	Niederaußem K	Rheinland	2002	1000	31.12.2038
RWE	Neurath F	Rheinland	2012	1000	31.12.2038
RWE	Neurath G	Rheinland	2012	1000	31.12.2038
LEAG (EPH)	Schwarze Pumpe A	Lausitz (BB/SN)	1998	750	31.12.2038
LEAG (EPH)	Schwarze Pumpe B	Lausitz (BB/SN)	1998	750	31.12.2038
LEAG (EPH)	Boxberg R	Lausitz (SN)	2012	640	31.12.2038
LEAG (EPH)	Boxberg Q	Lausitz (SN)	2000	860	31.12.2038

## Nach dem Bergbau kämpft die Chemieindustrie ums Überleben

Wenn die Kumpel im Tagebau gehofft hatten, dass ihre Gewerkschaft für eine Zukunft der Braunkohle, etwa durch eine Weiterentwicklung zur grünen Braunkohle mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung kämpft, wurden sie eines Besseren belehrt. Der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis machte lediglich darauf aufmerksam, dass es keine Abweichung von den versprochenen staatlichen Anpassungsgeldern und Vorruhestandsversorgungen geben darf. Von der SPD in Nordrhein-Westfalen war ohnehin kein Widerstand mehr zu erwarten. Mit industriellen Arbeitsplätzen in der Rheinschiene kann die Landespartei schon lange nichts mehr anfangen. Deswegen verliert sie

auch den Zuspruch der Facharbeiter, Ingenieure, der Arbeiter im Handwerk und in der Industrie.

Allein die östlichen Ministerpräsidenten ließen sich nicht von der Ausstiegsorgie aus dem einzigen bedeutsamen heimischen Energieträger mitten in der tiefsten Energiekrise, die Deutschland jemals erlebt hat, anstecken. Nach MP Reiner Haseloff würde ein Ausstieg vor 2038 den Industriestandort Deutschland „nachhaltig schwächen“ .

„Es wird eine Energielücke entstehen, die wir nicht schließen können.“

Auch der Ministerpräsident von Brandenburg, Dietmar Woidke, reagierte ablehnend:

„Die Sicherheit der Energieversorgung steht jetzt im Vordergrund. Hier leistet unsere Lausitzer Braunkohle einen unverzichtbaren Beitrag“. Beide Ministerpräsidenten ließen sich nicht von den unverschämten, arbeitnehmer- und industriefeindlichen Sprüchen des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Michael Kellner, beeindrucken. Kellner, von 2013 bis 2021 Politischer Bundesgeschäftsführer der GRÜNEN hatte gefordert:

„Jetzt gilt es, auch in Ostdeutschland das Ausstiegsziel 2030 anzupeilen. Es wäre fatal, wenn in Ostdeutschland ökonomische Zukunftschancen verspielt würden, weil die Ministerpräsidenten von SPD und CDU an dreckiger Kohle festhalten wollen.“

Aber Kellner ist ein ideologischer Politruk, dem die Linie der Partei vor den Interessen des Landes wichtiger ist. Er hätte sich schlau machen können über die weltweiten Bemühungen, aus Verbrennungsprozessen CO<sub>2</sub> abzuscheiden, so wie es das Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe in der Lausitz vor zehn Jahren schon entwickelt hat. Nicht die nächste Stufe der technischen Entwicklung des CO<sub>2</sub>-freien Kohlekraftwerks zählt, sondern das auf Parteitage gepflegte dumme Vorurteil der „dreckigen Kohle“. Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung, wie sie ihn Norwegen, den USA und Kanada mittlerweile praktiziert wird, würde die CO<sub>2</sub>-Emissionen schneller und kostengünstiger senken als die Habeckschen und Krebberschen Phantome von Wasserstoffkraftwerken.

Im Osten spürt man die Gefahr, die sich mit dem Braunkohleausstieg verbindet. Man spürt dort auch schon die Folgen des Ölboykotts der *Druschba*-Pipeline. Im Chemiapark Leuna wurde die Produktion auf die Hälfte gedrosselt. In Schwedt bangen die Menschen um ihre Zukunft. Die Hoffnung des Bundeswirtschaftsministers, Erdöl über den Hafen Danzig anliefern zu lassen, lässt sich bislang nicht realisieren, da die polnische Regierung sich dagegen sperrt, die Raffinerie zu beliefern, solange die russische Rosneft an der Raffinerie beteiligt ist. Der polnischen Regierung reicht es nicht, wenn die Raffinerie unter die Treuhandschaft der Bundesnetzagentur gestellt wird. Sie verlangt die Enteignung.

Beim Stillstand von Schwedt und Leuna kippt die gesamte ostdeutsche chemieverarbeitende Industrie, mit Dominoeffekten von der Elektrotechnik bis zum Maschinenbau. Auch die Bauwirtschaft wird getroffen. 100 % des

Bitumens und des Asphalts kommen in Ostdeutschland aus Schwedt. In einer die Industriearbeitsplätze bedrohenden Lage von knappen und zu teuren Energieträgern Gas, Öl und Strom, dürfen nicht weitere Abschaltungen erfolgen, sondern das Energieangebot muss erweitert werden. Da geht es um die eigene Erdgasförderung, um CO<sub>2</sub>-reduzierte Braunkohle und um Kernenergie. Stattdessen versucht die Bundesregierung mit immer neuen Rettungsschirmen die Preise über Staatsschulden abzupuffern. Das wird nicht lange gut gehen. Die Initiative Rettet unsere Industrie will auf diese falsche Weichenstellung aufmerksam machen. Hier kann man sich informieren und den Aufkleber fürs Auto bestellen. Atomkraft nein danke war gestern- heute heißt es :

„Rettet unsere Industrie“.



---

## Die Saudis brüskieren Biden erneut

geschrieben von Andreas Demmig | 13. Oktober 2022

Paul Homewood

Das Weiße Haus von Biden hat jeden Trick ausprobiert, um die Benzinpreise zu senken, außer dem Trick, auf den es wirklich ankommt: Brechen sie die politische und regulatorische Kampagne gegen die amerikanische Öl- und Gasförderung ab.

---

## Hurrikane: Hype, Lügen, Zensur – und die Realität

geschrieben von Chris Frey | 13. Oktober 2022

Paul Driessen

Der Hurrikan Ian, der als Kategorie 4 über den Südwesten Floridas hinweggefegt ist, geht in die Geschichte ein. Auch wenn sich die Region langsam erholt und wieder aufbaut, werden die Verwüstungen und Tragödien in der Realität und in der Erinnerung weiterleben.

Ian war der letzte von 123 Wirbelstürmen, die den Sunshine State seit Beginn der offiziellen Aufzeichnungen im Jahr 1851 heimsuchten. Aber es überrascht nicht, dass einige keine Zeit damit verschwendet haben, Ian mit dem wichtigsten Thema unserer Zeit in Verbindung zu bringen.

Der Klimawandel „sorgt für immer mehr Super-Hurrikane“, so eine Schlagzeile der Washington Post. „Ich bin [in Florida] aufgewachsen, und diese Stürme werden immer heftiger“, betonte Don Lemon von CNN. Steigende Temperaturen in der Atmosphäre und im Ozean machen Hurrikane „stärker, langsamer und feuchter“, behauptete die Reporterin Morgan McFall-Johnsen. Sie werden immer häufiger und intensiver, erklärten mehrere Kommentatoren.

Ian sollte die Debatte darüber, „ob es einen Klimawandel gibt“, „endlich beendet haben“, erklärte Präsident Biden, als er mit Gouverneur und First Lady [DeSantis](#) die Schäden an der Golfküste Floridas begutachtete.

Die neueste Panikmache ist etwas ausgefeilter. Jetzt werden Hurrikane wegen der fossilen Brennstoffe immer stärker. Das Phänomen hat sogar einen griffigen Namen: „schnelle Intensivierung“.

Diese schlaue Behauptung kann weder bewiesen noch widerlegt werden, da wir noch vor wenigen Jahrzehnten nicht über Technologien verfügten, um zu messen, wie schnell sich bestimmte Stürme verstärken. Aber für die vom Klima besessenen Beamten des Weißen Hauses und des Deep State, für die Kampagnenmacher in den Nachrichten und den sozialen Medien sowie für die akademischen und unternehmerischen Subventionsempfänger ist es eine weitere unumstößliche Wahrheit.

Dies trägt sicherlich zur Klimapropaganda und zur Förderung von Agenden bei, die sich gegen fossile Brennstoffe und für Wind- und Solarenergie richten. Aber sind die „rasche Intensivierung“ und diese anderen Behauptungen durch tatsächliche Beweise belegt?

Die National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) stellt eine umfangreiche, praktische Quelle zur Verfügung: die vollständige [Aufzeichnung](#) aller Hurrikane, die von 1851 bis 2021 das Festland der Vereinigten Staaten heimgesucht haben (Landfall).

Sie bietet faszinierende Einblicke, zeigt überraschende kurzfristige und wiederkehrende Zyklen auf, liefert aber keine Daten, die Behauptungen über neuere Trends wie häufigere und intensivere oder stärkere, langsamere und feuchtere Hurrikane stützen.

Zu den Enthüllungen gehört die schiere Anzahl der Hurrikane – Hunderte von ihnen, von denen viele mehrere Staaten heimsuchten, bevor sie sich auflösten, zurückkehrten, um andere unglückliche Staaten zu treffen, oder wieder aufs Meer hinausziehen, um karibische oder atlantische Inseln zu verwüsten. Florida wurde anscheinend häufiger getroffen als jeder andere Staat.

Überraschend ist auch, wie oft New York und andere Staaten des oberen Atlantiks getroffen wurden. Der „Supersturm“ [Sandy](#) (2012) war zwar nur eine Kategorie 1, aber der Bundesstaat und die Stadt New York wurden bereits 1869 von Hurrikanen heimgesucht und überschwemmt, darunter zwei der Kategorie 3 in den Jahren 1954 und 1985.

Ein weiterer Wirbelsturm im Norden, Fiona (kaum Kategorie 2, als er am 24. September auf Nova Scotia traf), wurde schnell als Kanadas „stärkster und teuerster Wirbelsturm aller Zeiten“ bezeichnet. Er mag kostspielig gewesen sein – aus dem gleichen Grund wie die heutigen US-Hurrikane: umfangreiche, teure Bebauung entlang der Küsten. Aber der mächtige Hurrikan von 1775 in Neufundland verursachte Sturmfluten bis zu 9 m Höhe und tötete über 4.000 Menschen; er ist immer noch die tödlichste Naturkatastrophe Kanadas.

In den südlichsten USA wurde Florida in nur sechs Jahren von fünf Hurrikanen der Kategorie 4, zwei der Kategorie 3, einem der Kategorie 2 und vier der Kategorie 1 heimgesucht. Glücklicherweise dauerte es von Oktober 1944 bis Oktober 1950, bevor die Entwicklung der Küstengebiete in Gang kam. Aber die Verluste an Menschenleben waren immer noch entsetzlich.

Stellen Sie sich vor, diese zwölf Wirbelstürme würden heute die Golf- und Atlantikküste des Bundesstaates heimsuchen. Das könnte passieren.

In jüngster Zeit wurde Florida erneut heimgesucht – ein Hurrikan der Kategorie 2, ein Hurrikan der Kategorie 4 und sechs Hurrikane der Kategorie 3 trafen den Staat in nur 15 Monaten: August 2004–Oktober 2005. Manche würden dies als einen Aufwärtstrend bezeichnen (zweifellos aufgrund der globalen Erwärmung). In den folgenden elf Jahren traf jedoch kein einziger Hurrikan

irgendeiner Stärke Florida. (War dieser signifikante Abwärtstrend auch auf den vom Menschen verursachten Klimawandel zurückzuführen? Oder müssen wir wieder mit zweierlei Maß messen?).

Noch verblüffender ist, dass in den fast zwölf Jahren zwischen Wilma (Florida, Kategorie 3, Oktober 2005) und [Harvey](#) (Texas, Kategorie 4, August 2017), auf den zwei Wochen später [Irma](#) (Florida, Kategorie 4) folgte, kein einziger „großer“ Hurrikan der Kategorie 3-5 auf dem US-Festland auftrat. Das ist ein neuer Rekord und übertrifft den bisherigen Neun-Jahres-Rekord aus den Jahren 1860-1869.

Ebenso erstaunlich ist, dass es in den USA bis 1935 keinen einzigen Hurrikan der Kategorie 5 gab. Die nächsten drei Wirbelstürme ereigneten sich in den Jahren 1969, 1992 und 2018. Alle außer Camille trafen Florida. Entweder gab es diese Monster vor 1935 wirklich nicht, oder wir konnten bis in die 1930er Jahre einfach keine Windgeschwindigkeiten von mehr als 156 mph messen.

Experten wie [Roger Pielke](#), Jr. können ebenso wie die Aufzeichnungen der NOAA keinen Aufwärtstrend bei der Häufigkeit oder Intensität von Hurrikanen feststellen. Es gibt Zyklen mit mehreren gewaltigen Stürmen, unterbrochen von Phasen, in denen es nur wenige oder gar keine größeren Hurrikane gibt, oder überhaupt keine Hurrikane. Aber es gibt keinen erkennbaren Trend. (Über die Stärke des epischen [Hurrikans](#) Nueva Senora de Atocha von Mel Fisher im Jahr 1622 kann nur spekuliert werden).

Aber wegen der übertriebenen Hurrikan-Propaganda und anderer Märchen über die Klimakrise sollen wir die fossilen Brennstoffe aufgeben, die 80 % der Energie ausmachen, die die Vereinigten Staaten und die Welt benötigen, um unsere Fabriken, Häuser, Krankenhäuser und unseren Lebensstandard aufrechtzuerhalten; die uns erschwingliche Lebensmittel, stabile Häuser, Frühwarnsysteme und Fahrzeuge mit genügend Treibstoff liefern, um uns aus der Gefahrenzone zu bringen und Menschen zu retten, die von Überschwemmungen eingeschlossen sind.

Michael Bloomberg finanziert jetzt eine 85-Millionen-Dollar-Kampagne zur *Beendigung der petrochemischen Produktion* in den Vereinigten Staaten! Das würde uns zwingen, auf Rohstoffe für Stickstoffdünger, Make-up, Farben, Pharmazeutika, Kleidung aus Kunstfasern und Kunststoffe für Spielzeug, Autos, Boote, medizinische Geräte, Verpackungen, [Solarpaneele](#) – und [Windturbinenflügel](#) und -gondeln zu verzichten oder sie zu importieren. Sogar die Rahmen der Glock- und Springfield-Pistolen,



die Bloombergs privates Sicherheitspersonal trägt, werden aus Petrochemikalien hergestellt.

(Bloomberg glaubt auch, dass man einfach Samen in die Erde [wirft](#), Wasser hinzufügt, sie wachsen lässt und sie dann isst.)

Was diese Utopie ohne fossile Brennstoffe angeht – wie viele [Tausende](#) von Windturbinen, Millionen von Solarzellen und Millionen von Backup-Batterieminuten bräuchte allein Florida, um seine Wirtschaft zu versorgen? Wie viele davon hätten die heftigen Winde, Überschwemmungen und Sturmfluten von Ian, Andrew oder Michael überlebt? Wie viele Jahre würde es dauern, sie danach zu ersetzen?

Wie viele EV- und Backup-Batterien werden sich spontan [entzünden](#), wenn sie in die Fluten eintauchen und die Feuerwehr vor nie dagewesene Probleme stellen?

Wir können Gasturbinen und Kernkraftwerke bauen, um diesen Naturgewalten zu widerstehen – und wir würden nicht viele davon brauchen. Wie aber können wir die ausufernden „erneuerbaren, nachhaltigen“ Energiesysteme stärken?

Während Sie also Ihren Benzintank auffüllen, Ihre Lebensmittelrechnung betrachten und darüber nachdenken, was von Ihren Ersparnissen für den Ruhestand noch übrig ist, sollten Sie vielleicht weniger auf Joe Biden und John Kerry hören – und mehr auf echte Experten wie Joe D'Aleo, Joe Bastardi, [Stanley Goldenberg](#), Roger Pielke, Jr. und [Jamie Rhone](#) vom Miami National Hurricane Center, den Don Lemon unter Druck zu setzen versucht hat, damit er den Klimawandel mit Ian in Verbindung bringt.

Das Weiße Haus von Biden und das politisierte [IPCC](#) können das nicht dulden. Sie wollen das Gespräch monopolisieren, ihre Klima- und Energieagenda durchsetzen und jeden zum Schweigen bringen, der sie herausfordert.

Das Weiße Haus hat sogar ein Büro des [Nationalen Klimaberaters](#), das Hand in Hand mit Big Tech und Nachrichtenorganisationen arbeitet, um unbequeme Fakten über Klimamodelle, die tatsächlichen globalen Temperaturen, die Realität von Hurrikans und Klimawandel, die Vorteile fossiler Brennstoffe und die riesigen Landflächen, Rohstoffe und den Bergbau, die für Wind-, Solar- und Batteriestrom benötigt werden, zu zensieren, zu [verleumden](#) und zu verteufeln. Alles, was von ihrem Narrativ abweicht, ist „Leugnung“ und „Desinformation“.

Auf dem Spiel stehen unsere Freiheiten und unser Lebensstandard, unser Zugang zu zuverlässiger, erschwinglicher Energie und das drohende Schreckgespenst eines Lebens in einem totalitären Staat mit ständiger Entbehrung. Denken Sie im November daran [d. h. Bei den anstehenden Zwischenwahlen in den USA. A.d. Übers.]

**Autor:** [Paul Driessen](#) is senior policy advisor for CFACT and author of *Cracking Big Green and Eco-Imperialism: Green Power – Black Death*.

Link:

<https://www.cfact.org/2022/10/11/hurricane-hype-lies-censorship-and-reality/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE